

## Protokoll der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 9.12.2015

*Das Protokoll erfasst nur die Punkte, die u.E. einen Bezug zur Arbeit von VIN-Rissen haben*

1. **TOP 20 Drs. 21/2308 Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung -Dringlicher Senatsantrag-**
2. **Mit TOP 20a Drs.21/1838 Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen und Haushaltsplan 2015/2016 Nachbewilligung nach §35 Landeshaushaltsordnung –Senatsantrag-**
3. **Und TOP 77 Drs.21/2388 SOG-Unterbringung für Folgeunterkünfte beenden. Transparenz und Bürgerbeteiligung wagen! – Antrag der FDP-Fraktion -**

**Insgesamt sehr hitzige und emotionale Debatte.**

**Für die SPD führte Herr Dr. Andreas Dressel aus**

- Aufgrund der Dringlichkeit Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen, muss nicht alles entschieden werden, aber es muss heute der erweiterte Bürgerschaftsrahmen von 970 Mio € freigegeben werden, um die Projekte kurzfristig starten zu können.
- Der Senat geht von 80.000 unterzubringenden Personen bis 12/2016 aus.
- Die aktuelle NRD-Umfrage zeige, dass die Hamburger die Flüchtlinge weniger als Bedrohung sehen, sondern die größte Sorge (61%) eine Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zwischen Flüchtlingen und Hamburgern sei. Daher sei „bauen, bauen, bauen“ die Devise.  
(Anmerkung VIN-Rissen: Die Sorgen der Bürger lagen in der zitierten Umfrage dicht beieinander -> HH: Wohnungsmarkt 61%, Verschuldung 55%, Islam: 46%, Straftaten 32%.  
<http://www.infratest.imap.de/umfragen/analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/norddeutsche-ueben-kritik-an- asyl-und-fluechtlingspolitik-der-bundesregierung/>)
- Ausgangspunkt sind die ca. 6.000 Wohneinheiten (WE) des bereits aufgelegten Wohnungsbauprogramms, das entsprechend aufgestockt werden muss. Im Rahmen dessen will die SAGA GWG ihre Neubautätigkeit von 1.000 auf 2.000 WE aufstocken.
- Die Arbeit konzentriert sich auf drei Bereiche
  - o ZEA in Meiendorf fertigstellen
  - o Normale Folgeunterkünfte erstellen (Expressbauprogramm)
  - o ??? (wurde m.E. nicht genannt)
- Auch die SPD will „Stadtteilgerechtigkeit“, aber diese wird sich allein durch die immer größer werdende Anzahl von ZEAs und Folgeeinrichtungen von selber einstellen.
- Königsteiner Schlüssel ist für Hamburg eine Belastung, aber wird sich nicht verändern lassen.
- Eine Verteilung von Flüchtlingen ins Umland wird nicht gelingen, da keine Bereitschaft von Niedersachsen & Schleswig-Holstein besteht.

- Aufgrund der Dringlichkeit könne man keine „monatelangen Planungswerkstätten“ abhalten. Es sei der humanitäre Anspruch „die Zelte leer zu bekommen“, darum setze Hamburg auf Festbauten (Standard des soz. Wohnungsbaus).
- Auch die SPD würde lieber von Anfang an, die Bewohner der Quartiere mischen, das ginge aber wegen §246 (Bundes-) BauG in der jetzigen Form nicht. Daher Antragstellung der SPD. Die Bezirke sollen auch Flächen angeben, auf denen ggf. auch eine Nachverdichtung möglich wäre, die nach normalem Baurecht erstellt werden und daher der Durchmischung dienen könnte.
- Es kann keine Diskussion mit den BI / Bürgern geben über das „ob und wieviel“ gebaut wird. Lediglich über der Ausgestaltung der Baumaßnahmen, auch im Sinne des Zusatzantrages (Drs.21/2550 Antrag zu Drs.21/1838: Aufstockung der Wohnungsbauförderung: Wohnunterkünfte zu neuen Quartieren in guter Nachbarschaft entwickeln – 25 Punkte für eine gelingende Integration vor Ort), könne geredet werden. In diesem werden u.a Anpassungen bei Kitaplätze, Buskapazität, ärztl. Versorgung etc. vorgeschlagen. Hier wolle man den Spielraum zur Vermeidung von Nachteilen für Nachbarn nutzen.
- Rechtliche Standards sollen eingehalten werden. Allerdings solle die Bebauung nach §246 umgesetzt werden. Daher auch die im Zusatzantrag zur Änderung von §72a HamBauO aufgenommene Schaffung über die Möglichkeit der Zulassung eines Baubeginns vor Erteilung einer Baugenehmigung i.V.m. der Verpflichtung des Bauherrn zum Rückbau, sollte die Baugenehmigung nicht erteilt werden. Die Rechtsicherheit sei damit nicht tangiert. *(Anmerkung VIN-Rissen: Es ist nicht zu erwarten, dass ein Investor oder die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB), die die Vorhaben finanzieren soll, das Genehmigungsrisiko übernehmen. Dieses Risiko (des Rückbaus) würde vermutlich über die Bürgschaften in Höhe von bis zu Euro 970 Mio. bei der FHH verbleiben.)*
- Die SPD würde mit allen Initiativen reden *(Anmerkung: Mit VIN-Rissen wurde nicht gesprochen).*

#### **Für die CDU führten Frau Karin Prien und später Frau Birgit Stöver aus**

- Es besteht Übereinstimmung darin, dass
  - o überall mehr gebaut werden muss
  - o die ZEA Meiendorf endlich fertiggestellt werden muss, so dass nur so viele Flüchtlinge aufgenommen werden, wie Hamburg nach dem Königsteiner Schlüssel aufnehmen muss
  - o das Senatskonzept der Großsiedlungen falsch sei, da es neue Probleme schaffe und Integration behindere.
- Es gibt eine große Zahl von Flüchtlingen ohne Bleiberecht. Hier muss der Senat das Asylpaket I umsetzen und auch entsprechende Abschiebungen durchführen.
- Die SPD solle den Widerstand im Bund gegen das Asylpaket II aufgeben.
- Eine Ermächtigung zur Herausgabe von Bürgschaften zum jetzigen Zeitpunkt für alle Bauvorhaben ist nach Ansicht der CDU nicht notwendig. Nach Kenntnis der CDU wäre derzeit nur eine Ermächtigung zur Herausgabe von Bürgschaften für die geplanten Baumaßnahmen Elfsaal sowie Mittlerer Landweg nötig. Die anderen Vorhaben sind noch ausreichend weit in der Planung.

- Der Senat müsse eine belastbare Bedarfsplanung für die anvisierten 80.000 Unterkunftsplätze vorlegen.
- Der 25-Punkte Zusatzantrag „sei eine Wunschliste“ die weder so machbar noch mit Mitteln hinterlegt sei.
- SPD will eine Notsituation hochstilisieren, um lästige Regeln auszuhebeln. Andere Städte würden bessere Konzepte der Dezentralisierung verfolgen.
- Es ist ein Wohnungszuweisungsgesetz nötig, so dass eine Stadt wie Hamburg nicht überbeansprucht wird.
- Es braucht einen Schulterchluss mit Wirtschaft und Bürgern.
- Der Königsteiner Schlüssel benachteiligt die FHH signifikant. Hr. Scholz sollte daher eine Änderung des Königsteiner Schlüssels auf Bundesebene verstärkt und transparent vorantreiben. Unterstützung von seitens Frau Priens wird dabei zugesagt.
- Statt Wettbewerb findet eine freihändige Vergabe der Baumaßnahmen an Investoren statt.
- Das Wohnortzuweisungsgesetz muss angewendet werden, um den Ansturm der Flüchtlinge auf die Großstädte zu verringern.
- Die Flüchtlingsproblematik sollte endlich zur Chefsache des Bürgermeisters werden.

#### **Für die GRÜNEN führten Dr. Anjes Tjarks und später Herr Olaf Duge aus**

- Geht davon aus, dass auch in Zukunft 3.000 Menschen pro Monat aufgenommen werden müssen.
- Es sei eine menschliche & moralische Verpflichtung die Menschen unterzubringen.
- Verweist auf die NDR Umfrage (s.o), nach der lediglich die Sorge um Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt das Problem sei.
- Prämisse: „Bauen, Bauen, Bauen“
- Wendet sich gegen die Verwendung der Begriffe „Ghetto“ und „Großsiedlung“ da die Standorte kleiner seien als Steilshoop (8500 WE) oder Mümmelmannsberg (WE).
- Erkennt, dass es ‚Bedenken‘ in der Nachbarschaft der geplanten Gebiete gibt.
- Mit dem Zusatzantrag (s.o.) wolle man dafür sorgen, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit die Integration gelinge, darüber wolle man reden, nicht über das Konzept als solches.
- Es sollen „vernünftige Beteiligungsprozesse“ eingerichtet werden.  
(Anmerkung VIN-Rissen: *Wie sehen diese aus?*)
- Neutraler Vermittler soll eingesetzt werden.
- Fordert die CDU auf den Bürgern/ Initiativen Mut zu machen = Bürger sollen das Problem lösen.

#### **Für DIE LINKE führt Frau Christiane Schneider aus**

- Die Art und Weise wie die Regierung mit dem Flüchtlingsthema umgeht wird scharf kritisiert. Z.B. werden Anträge in der Bürgerschaft ein Tag vor der Sitzung per Tweet versendet (Drs.21/2250 Antrag zu Drs.21/1838: Aufstockung der Wohnungsbauförderung: Wohnunterkünfte zu neuen Quartieren in guter Nachbarschaft entwickeln – 25 Punkte für eine gelingende Integration vor Ort). Keine ausreichende Zeit der Prüfung und Vorbereitung.

- Es braucht eine gute Lösung mit breiter Akzeptanz, es gab im Vorfeld gute Gespräche, allerdings ist die jetzige Politik von „Autokratismus“ gekennzeichnet, der wenig demokratisch ist. Die aktuelle Politik ist autoritär und arrogant und spaltet die Stadt. Die Aussage des Flüchtlingskoordinators „Die Bezirke können keinen Basar [über die Größe und Standorte der Unterkünfte] aufmachen spricht Bände.“
- Bisher hat die Linke der Errichtung von ZEA und kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten der Anwendung des SOG zugestimmt, aber jetzt geht es, um eine Entscheidung für Jahrzehnte. Daher ist sorgfältig zu prüfen, ob es die Möglichkeit zur Dezentralisierung gibt.
- Die Größe der geplanten Unterkünfte mit 4000+ Menschen führt zu Problemen, treibt die Bevölkerung nach „rechts“ und erzeugt eine Klagewelle.
- Bezirke, Stadtteile und Bürger sollten in den Entscheidungsprozess über die geplanten Siedlungen eingebunden werden.
- Flüchtlinge sollten nicht in Stadtrandlagen, sondern vielmehr aufgrund der besseren Infrastruktur und besserer Integrationsmöglichkeiten in citynahen Lagen untergebracht werden.
- Von den 25-Punkten des Zusatzantrages der SPD/ Grünen ist kein einziger realitätsnah, es handele sich um Phrasen und keine Lösungen.
- Große Konzentration von Flüchtlingskindern in wenigen Schulen wird zu großen Problemen führen. Es ist nicht geklärt wie die Flüchtlingskinder zu weiter weg gelegenen Schulen kommen.
- Bereits jetzt seien Bewohner aus bestimmten Stadtteilen stigmatisiert. Es werden bestimmte Stadtteile abgehängt, dies wird ein noch größeres Problem werden.
- SAGA GWG vermietet 8.000 – 9.000 WE pro Jahr, davon sollten als Baustein einer Dezentralisierung Wohnungen auch für Flüchtlinge genutzt werden.
- Zum Vorwurf der GRÜNEN (O. Duge), es wäre unseriös die Siedlungen mit 4000+ Flüchtlingen als Ghettos zu bezeichnen: Die GRÜNEN selbst hätten den Vorschlag der LINKEN den Anteil von Sozialwohnungen bei dem Standardwohnungsbauprogramm des Senats auf 50 % hochzuschrauben mit den Worten abgelehnt „das wäre eine Ghetto-Bildung“.
- Es gäbe andere Lösungen aus vielen kleinen Schritten (s.o. SAGA GWG Vermietungspotential, weitere Flächen, ...)

#### **Für die FDP führte Frau Jennyfer Dutschke aus**

- Bisher gäbe es keine detaillierten Informationen, z.B. zu den konkret geplanten WE pro Bauvorhaben, den Investoren, zum Zeitplan. Auch der Haushalts- und Stadtentwicklungsausschuss, die zu den geplanten Vorhaben getagt hätten, wären darüber informiert worden. Die Informationspolitik des Senats sei damit unbefriedigend und auf der dieser Informationslage könne dem dringlichen Antrag nicht zugestimmt werden.
- Baumaßnahmen ohne bestehendes Baurecht stellen ein hohes Ausfallrisiko dar.
- 48 von 170 Standorten zur Flüchtlingsunterbringen seien nach SOG errichtet worden. Die FDP fordert, dass das SOG nicht mehr anzuwenden, sondern dass normale rechtsstaatliche Verfahren erfolgen.
- Die Beteiligung der Bezirke und der Bürger muss wiederhergestellt werden.
- Es muss mehr Transparenz hergestellt werden.

#### Für die AfD führte Herr Detlef Ehlebracht aus

- Die Bedarfsgrundlage von 80.000 Personen sei durch den Senat zu belegen, bevor man solche grundsätzlichen städtebaulichen Maßnahmen entscheidet.
- Es ist ein Unding, dass der Senat sich einen „Blankoscheck“ ausstellen lassen will.
- Bisher unbekannt sind
  - o Welche Bauträger die Wohnungen errichten sollen
  - o Wie die Bebauung aussehen soll.
- Bestandteile jahrzehntelanger Stadtplanung werden über den Haufen geworfen.
- Es werden vorsätzlich neue Parallelgesellschaften in der Stadt geschaffen.
- Wenn das Projekt scheitert, dann scheitert die Integration, die Fehler lassen sich nicht korrigieren.
- In den Siedlungen sollten höchsten 20 % Flüchtlinge wohnen, es sei z.B. an einen „Ringtausch“ zu denken, so dass Hamburger aus anderen Quartieren in die Neubauten ziehen und deren dann freigewordenen Wohnungen für Flüchtlinge genutzt werden.

#### Für den Senat begründet Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt den Antrag und das Konzept

- Es sind im Easy System für dieses Jahr bereits eine Million Flüchtlinge registriert, bis Jahresende werden 48.500 Flüchtlinge in ZEA und Folgeunterkünften in HH unterzubringen sein, für 2016 wird mit weiteren 31.000 Menschen gerechnet. Daher ist das Wohnungsbauprogramm notwendig.
- §246 Abs. 14 wird in HH umgesetzt.
- In den ersten 15 Jahren sollen die Wohnungen als öffentlich-rechtliche Unterkunft dienen.
- Änderung der HamBauO §72a soll nach einer „summarischen Prüfung“ den Baubeginn vor Erteilung einer Baugenehmigung ermöglichen, Planrecht soll nachgezogen werden.
- Es finden auf einigen (*Anm. VIN: welchen?*) Flächen bereits erste Arbeiten statt (Vermessung und Bodengutachten).
- Erste Bauanträge werden noch 2015 gestellt, die Genehmigung ist Anfang 2016 geplant, Baubeginn sofort danach.
- Erste Vorbereitungsmaßnahmen werden bereits noch in diesem Winter durchgeführt.
- Es wird unter allen Umständen an den Plänen des Senats festgehalten.
- Der Bürgschaftsrahmen über Euro 970 Mio. ist notwendig, da die Grundstücke wegen des fehlenden Planrechtes nicht beliehen werden können (*siehe hierzu Argumentation/ Ausführungen in den Protokollen des Stadtentwicklungs- und des Haushaltsausschusses*).

Für die **SPD** wendet sich **Herr Dirk Kienscherf** vom Rednerpult in Richtung CDU, in dem mehrfach die Worte Konzentration und Lager fallen.

Die CDU bittet deswegen darum, den Ältestenrat einzuberufen.

Die Sitzung wird unterbrochen und der Ältestenrat tagt ca. 30 min.

Herr Kienscherf entschuldigt sich mit den Worten, die Debatte sei sehr emotional geführt worden und er sei für harte Töne bekannt. Falls der Eindruck entstanden sei, die Worte Konzentration und Lager gehörten zusammen und seien in Richtung CDU gerichtet gewesen, sei dieser Eindruck falsch.

**Abstimmung**

- Dringlicher Senatsantrag über die Bürgschaften nach Abstimmung in 1. Lesung mit den Stimmen von SPD und Grünen angenommen, dagegen stimmten CDU, FDP und AfD. Die LINKE enthält sich.
- Die 2. Lesung in gleicher Sitzung wurde mit den Stimmen von CDU und FDP verweigert.
- Die 2. Lesung soll in der Bürgerschaftssitzung am Folgetag auf Antrag von SPD und GRÜNEN erfolgen.
- Die anderen Anträge werden an die Ausschüsse verwiesen.

Hamburg, 10.12.2015

Jörn Steppke

**Bürgerschaftssitzung am 10.12.2015**

D.Kienscherf (SPD): Antrag der SPD zur Geschäftsordnung: Die 2. Lesung für Drs. 21/2308 in der heutigen Sitzung wird beantragt.

K.Prien (CDU): Drs. 21/2308 ist nicht abstimmungsreif. Sinnhaftigkeit ist nicht klar. CDU kann 2.Lesung nicht zustimmen.

F.Müller (GRÜNE): 200 Millionen Euro an Bürgschaften werden noch in diesem Jahr gebraucht. Deswegen ist heute die Ermächtigung des Senats, den Bürgschaftsrahmen zu erhöhen, erforderlich.

**Abstimmung**

Die 2. Lesung wird mit Stimmen der SPD und der GRÜNEN beschlossen. CDU, FDP und AfD stimmen dagegen. DIE LINKE enthält sich.

Die „Erhöhung der Ermächtigung von Sicherheitsleistungen zur Absicherung von Wohnungsbauförderdarlehen, Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung“ wird mit dem gleichen Abstimmungsergebnis entschieden.

Hamburg, 12.12.2015

Dr. Christine Kamlah